



Koalitionsversprechen

Die Einzelversprechen im Überblick

aktualisiert zum Stichtag:
26. September 2021

TABELLE Die Einzelversprechen im Überblick aktualisiert zum Stichtag: 26. September 2021

NR.	VERSPRECHEN	POLITIKFELD UND ZEILENHINWEIS IM KOALITIONSVERTRAG	VOLL ERFÜLLT	TEILWEISE ERFÜLLT	NICHT ERFÜLLT
1	Digitales Verwaltungsportal für Bürger:innen und Unternehmen, Bürger:innenkonto, 500 Mio. € zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 357-359, 2000-2007 & 2887-2889)		x	
2	Entbürokratisierung durch „One-Stop-Shop“ für Antrags-, Genehmigungs- und Besteuerungsverfahren	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 414-415, 1849-1852 & 2843-2853)			x
3	Planungs- und Baubeschleunigungsgesetz zur Vereinfachung von Verfahren und Digitalisierung von Planen und Bauen	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 451-452 & 3410-3412)	x		
4	Mehr Investitionen in den Lärmschutz	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 453-454)	x		
5	Keine Antastung des Grundrechts auf Asyl	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 522-523 & 4778-4780)	x		
6	Keine Überschreitung der Zuwanderungszahlen von jährlich 180.000 bis 220.000	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 533-536 & 4799-4807)	x		
7	Algerien, Marokko, Tunesien werden zu sicheren Herkunftsstaaten	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 5057-5059)			x
8	Schaffung von Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen (sog. AnKER-Zentren)	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 542-544 & 4989-4994)		x	
9	Verabschieden eines Fachkräfteeinwanderungsgesetzes	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 549-553 & 2960-2962)	x		
10	Weitere Finanzierung der Flüchtlingskosten von Ländern und Kommunen bis 2021 mit acht Mrd. €	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 555-556, 3071-3075 & 4944-4949)	x		
11	Zwei Mrd. € für sozialen Wohnungsbau in 2020/21	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 569-570 & 5136-5137)	x		
12	Baukindergeld von 1.200 € je Kind und pro Jahr, Gewährung bis zu einer Einkommensgrenze von 75.000 € Haushaltseinkommen pro Jahr und zusätzlich 1.500 € pro Kind	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 572-573 & 5144-5149)	x		
13	Gründung Ehrenamtsstiftung	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 580)	x		
14	15.000 neue Stellen für die Sicherheitsbehörden und 2.000 neue Stellen in der Justiz	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 586-588 & 5762-5764)	x		
15	Gleichwertige Befugnisse für die Sicherheitsbehörden im digitalen Bereich	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 591 & 5997-6002)	x		
16	Bundesweites Musterpolizeigesetz	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 594 & 5923-5925)			x
17	Notwendige Stellungnahme von Fachleuten für Gewaltschutz bzw. Rechtsmedizin in familiengerichtlichen Verfahren zu Gewalt	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 874-877)			x
18	Errichtung einer E-Government-Agentur	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 2009-2014)			x
19	Berufung eines Digitalrats	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 2025-2026)	x		
20	Einsetzen einer Daten-Ethikkommission, Vorschlag eines Entwicklungsrahmens innerhalb eines Jahres	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 2096-2101)	x		
21	Anerkennung von E-Sport als eigene Sportart mit Vereins- und Verbandsrecht	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 2167-2171)			x
22	Pilotprojekt „LärmLab 21“	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 3861-3864)	x		
23	Einsetzen einer Fachkommission zur Integrationsfähigkeit	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 4809-4811)	x		
24	Begrenzung der Bleibeverpflichtung in den AnKER-Einrichtungen, keine Überschreitung von 18 Monaten bzw. sechs Monaten bei Familien mit minderjährigen Kindern	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 5013-5018)	x		

ERFÜLLUNGS-JAHR	BEGRÜNDUNG
	Die Beta-Version des Portals existiert bereits. Die finale Version soll aber erst 2022 veröffentlicht werden.
	Das Konzept des „One-Stop-Shops“ wurde bisher nicht umgesetzt.
2018	Der Bundestag hat am 08. November 2018 ein Gesetz zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren verabschiedet.
2019	Im Jahr 2019 werden die Mittel für den Lärmschutz einmalig um 26 Mio. auf 176 Mio. € angehoben.
2018-2021	In der 19. Legislaturperiode gab es keine Änderung im Artikel 16a des Grundgesetzes.
2018-2021	Die Zuwanderungszahlen befinden sich unterhalb der Grenze von jährlich 180.000 bis 220.000.
	Der Bundestag hat der Einstufung als sichere Herkunftsstaaten zugestimmt. Die Abstimmung im Bundesrat wurde vertagt und steht noch aus.
2018	Es wurden sieben AnKER-Zentren in Bayern geschaffen. Andere Bundesländer wehren sich allerdings gegen die Schaffung solcher AnKER-Zentren.
2019	Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz wurde am 07. Juni 2019 vom Bundestag verabschiedet.
2019	Der Bund wird sich im kommenden Jahr mit 3,35 Mrd. € beteiligen, 2021 dann mit 3,15 Mrd. €. Darauf haben sich die Ministerpräsident:innen der Länder und Vertreter:innen des Bundes verständigt. Derzeit gibt der Bund 4,7 Mrd. €. Dabei geht die Bundesregierung finanziell deutlich über die 8 Mrd. € hinaus, die dafür im Koalitionsvertrag vereinbart wurden.
2020	Die Verwaltungsvereinbarung ist nach Unterzeichnung der 16 Länder am 21.04.2020 in Kraft getreten. Damit ist der Weg frei für jährliche Finanzhilfen des Bundes für sozialen Wohnungsbau in Höhe von einer Mrd. €. Das Versprechen ist somit erfüllt.
2018	Das Baukindergeld wurde eingeführt.
2020	Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt wurde am 23.06.2020 gegründet.
2019	Der Etatvergrößerung wurde 2018 vom Bundestag zugestimmt und Bund und Länder haben sich im Januar 2019 auf die Umsetzung geeinigt.
2021	Das „Gesetz zur Anpassung des Verfassungsschutzrechts“ wurde vom Bundestag verabschiedet.
	Es wurde kein bundesweites Musterpolizeigesetz beschlossen.
	Es wurden keine Maßnahmen getroffen, um verpflichtend Stellungnahmen von Fachleuten einzuholen.
	Es wurde keine E-Government-Agentur errichtet.
2018	Der Digitalrat wurde am 22. August 2018 durch die Bundesregierung eingesetzt.
2019	Die Datenethikkommission hat ihren Bericht am 23.10.2019 an die Bundesregierung übergeben.
	Es gab keine Anerkennung von E-Sport als eigene Sportart mit Vereins- und Verbandsrecht.
2021	Das Lärmlab 21 ist Bestandteil des „Offenen Digitalen Testfeld des Deutschen Zentrums für Schienenverkehrsforschung“, welches im Juli 2021 eröffnet wurde.
2021	Ende Januar 2021 wurde der Bericht der unabhängigen Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit vorgelegt.
2018-2021	Die Bleibeverpflichtung in den AnKER-Einrichtungen wurde zeitlich und sachlich auf 18 bzw. sechs Monate begrenzt.

NR.	VERSPRECHEN	POLITIKFELD UND ZEILENHINWEIS IM KOALITIONSVERTRAG	VOLL ERFÜLLT	TEILWEISE ERFÜLLT	NICHT ERFÜLLT
25	Verzicht auf Vorrangsprüfung, wenn die Landesregierungen in Bezirken mit hoher Arbeitslosigkeit nicht an dieser festhalten wollen, weiterhin Prüfung der Arbeitsbedingungen auf Gleichwertigkeit durch die Bundesagentur für Arbeit	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 4906-4913)	x		
26	Umfassende Identitätsfeststellung in den AnkER-Einrichtungen	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 5004-5005)	x		
27	Unbegleitete Minderjährige werden nach Altersfeststellung durch Jugendbehörden in Obhut genommen, Erwachsene bleiben in den AnkER-Einrichtungen	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 5007-5011)	x		
28	Überprüfung des gewährten Schutzes spätestens drei Jahre nach einer positiven Entscheidung	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 5025-5027)	x		
29	Änderung des Asylgesetzes zur frühen Information des BAMF über Einleitung eines Strafverfahrens	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 5043-5045)	x		
30	Abschiebung bei Straffälligkeit, Sozialleistungsbetrug oder Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 5047-5050)	x		
31	Kein Antasten des Individualanspruchs auf Einzelfallprüfung	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 5059-5060)	x		
32	Gesetzespakt „Wohnraumoffensive“	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 5086-5089)	x		
33	Fortsetzung des „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 5091-5094)	x		
34	Enquête-Kommission „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 5094-5095)	x		
35	Fortführung des Investitionspakts „Soziale Integration im Quartier“	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 5277-5279)	x		
36	Fortführung des Programms „Nationale Projekte des Städtebaus“	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 5301)	x		
37	Änderung des Stiftungsrechts	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 5548-5550)	x		
38	Fortführung des Nationalen Präventionsprogramms gegen islamistischen Extremismus	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 5606-5607)	x		
39	Einsetzen einer/s Beauftragten für jüdisches Leben	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 5614-5615)	x		
40	Einsetzen einer Expertenkommission zu Antiziganismus	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 5615-5616)	x		
41	Gemeinsamer Investitionsfonds von Bund und Ländern für die IT der deutschen Polizei	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 5766-5767)	x		
42	Ausweitung der DNA-Verfahren im Strafverfahren auf äußerliche Merkmale und Alter	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 5785-5787)	x		
43	Beibehaltung der Standorte der Bundessicherheitsbehörden	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 5948-5949)	x		
44	Verlust der Staatsangehörigkeit, wenn Beteiligung an Kampfhandlungen einer Terrormiliz	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 6021-6024)	x		
45	Übertragung von Tarifabschlüssen (TVöD) auf die Bundesbeamtenbesoldung	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 6033-6034)	x		
46	Abschluss einer vertraglichen Zusatzvereinbarung (Bonn-Vertrag)	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 6046-6049)			x
47	Fortsetzen der Deutschen Islamkonferenz	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 6312)	x		
48	Etablierung eines IT-Sicherheits-Gütesiegels	Inneres, Bau und Heimat (Zeile 6374-6375)	x		
49	Mindestausbildungsvergütung im Berufsbildungsgesetz	Arbeit und Soziales (Zeile 342-343, 1232-1237 & 2983-2985)	x		
50	Recht auf Weiterbildungsberatung und Förderung der Beschäftigungsfähigkeit bei der Arbeitsagentur	Arbeit und Soziales (Zeile 375-376, 1795-1797 & 2270-2276)	x		

ERFÜLLUNGS-JAHR	BEGRÜNDUNG
2019	Die angesprochenen Änderungen sind Teil des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes, das im August 2019 vom Bundestag beschlossen wurde.
2018	Die umfassende Identitätsfeststellung findet nun in den AnKER-Einrichtungen statt.
2018	Die genannten Maßnahmen sind Bestandteil der Konzeption der AnKER-Zentren.
2018	Der Bundestag hat am 8. November 2018 in der dritten Änderung des Asylgesetzes die Mitwirkungspflicht von Schutzberechtigten beschlossen.
2019	Entsprechende Änderungen sieht das Zweite Gesetz zur Verbesserung der Registrierung und des Datenaustausches zu aufenthalts- und asylrechtlichen Zwecken (Zweites Datenaustauschverbesserungsgesetz) vor.
2019	Das „Geordnete Rückkehr Gesetz“ enthält unter anderem die beschriebene Ausweisung nach Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz bzw. Sozialbetrug.
2018-2021	Der Individualanspruch auf Einzelprüfung bleibt unabhängig sonstiger legislativer Prozesse bestehen.
2018	Am 21. September 2018 wurde im Rahmen des Wohngipfels 2018 ein entsprechendes Maßnahmenpaket vereinbart.
2018-2021	Das „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ wird fortgesetzt.
2018	Im September 2018 ist die Baulandkommission gestartet.
2018	Der Bund stellt jährlich bis zum Jahr 2020 200 Mio. € für den Investitionspakt zur Verfügung.
2018	Das Bundesbauministerium hat für 2018/2019 140 Mio. € für die Förderung national bedeutender Projekte bereitgestellt. Das Programm wird fortgeführt.
2021	Der Gesetzentwurf zur „Vereinheitlichung des Stiftungsrechts“ wurde am 24.06.2021 vom Bundestag verabschiedet.
2018-2021	Das Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus wird fortgeführt.
2018	Seit dem 01. Mai 2018 ist Dr. Felix Klein Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus.
2019	Die Expertenkommission Antiziganismus hat im März 2019 ihre Arbeit aufgenommen.
2019	Die Innenministerkonferenz hat im Dezember 2019 die Einrichtung des Polizei-IT-Fonds durch Bund und Länder mit insgesamt 300 Mio. € für die ersten fünf Jahre vereinbart.
2019	Der Bundestag hat am 15.11.2019 das Gesetz zur Modernisierung des Strafverfahrens verabschiedet, welches unter anderem die Erweiterung der DNA-Analyse beinhaltet.
2018-2021	Es hat keine Veränderungen bezüglich der Standorte der Bundessicherheitsbehörden gegeben.
2019	Mit dem Dritten Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes wird §28 des Staatsangehörigkeitsgesetzes dementsprechend geändert, dass Unterstützer:innen einer Terrormiliz ihre deutsche Staatsbürgerschaft verlieren.
2018	Durch die Verabschiedung des „Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2018/2019/2020“ werden die Tarifabschlüsse auf die Beamtenbesoldung übertragen. Es wurde bisher keine vertragliche Zusatzvereinbarung zum „Bonn-Vertrag“ abgeschlossen.
2018-2021	Die Islamkonferenz startete am 28./29. November 2018 in eine neue Phase und wurde somit fortgesetzt.
2021	Das „IT-Sicherheitsgesetz 2.0“ beinhaltet ein entsprechendes Gütesiegel.
2019	Der Bundestag hat die entsprechende Änderung des Berufsbildungsgesetzes am 24. Oktober 2019 beschlossen.
2018	Mit dem „Qualifizierungschancengesetz“ haben der Bundestag und der Bundesrat ein entsprechendes Gesetz verabschiedet, das Mitarbeiter:innen erstmals ein Recht auf Weiterbildungsberatung einräumt.

NR.	VERSPRECHEN	POLITIKFELD UND ZEILENHINWEIS IM KOALITIONSVERTRAG	VOLL ERFÜLLT	TEILWEISE ERFÜLLT	NICHT ERFÜLLT
51	Recht auf befristete Teilzeit inkl. Rückkehrrecht	Arbeit und Soziales (Zeile 382-384 & 2394-2395)	x		
52	Senkung der Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozentpunkte	Arbeit und Soziales (Zeile 389-390 & 2447-2448)	x		
53	Erstattung der Gebühren bei der Meisterprüfung (Meisterbonus)	Arbeit und Soziales (Zeile 410-411 & 2986-2988)			x
54	Einsetzung einer Rentenkommission	Arbeit und Soziales (Zeile 485-486)	x		
55	Einführung einer Grundrente	Arbeit und Soziales (Zeile 487-489 & 4250-4252)	x		
56	Anrechnung des dritten Jahres Erziehungszeit, Einführung der Mütterrente II, dritter Entgeltpunkt pro Kind für Eltern von drei und mehr Kindern	Arbeit und Soziales (Zeile 490-491 & 4301-4307)		x	
57	Evaluation des Entgelttransparenzgesetzes	Arbeit und Soziales (Zeile 983-987)	x		
58	Erhöhung des Maßnahmenzuschusses für Techniker:innen, Meister:innen und Fachwirt:innen	Arbeit und Soziales (Zeile 1260-1263)	x		
59	Enquête-Kommission zur „Stärkung der beruflichen Bildung zur Sicherung des Fachkräftebedarfs“	Arbeit und Soziales (Zeile 1314-1316)	x		
60	Förderung der mobilen Arbeit durch rechtliche Rahmen	Arbeit und Soziales (Zeile 1822-1826)			x
61	Auflage eines Anwendungsprogramms „Assistenzsysteme für kleine und mittlere Unternehmen“	Arbeit und Soziales (Zeile 1828-1831)			x
62	Sozialgesetzbuch II: Aufstockung des Eingliederungstitels um vier Mrd. € und Ermöglichung des Passiv-Aktiv-Transfers	Arbeit und Soziales (Zeile 2242-2253)	x		
63	Erhöhung der Restmittelübertragung für das Sozialgesetzbuch II auf 400 Mio. €	Arbeit und Soziales (Zeile 2255-2256)		x	
64	Jährlich 50 Mio. € für die Anwendung des § 16h SGB II	Arbeit und Soziales (Zeile 2302-2304)	x		
65	Vereinfachtes Wahlverfahren für Betriebsräte	Arbeit und Soziales (Zeile 2327-2331)	x		
66	Arbeitgeber:innen mit mehr als 75 Beschäftigten dürfen maximal 2,5 Prozent der Belegschaft grundlos befristen	Arbeit und Soziales (Zeile 2336-2340)			x
67	Sachgrundlose Befristung für maximal 18 statt 24 Monate	Arbeit und Soziales (Zeile 2342-2353)			x
68	Anrechnung von Entleihungen auf die Höchstdauer von fünf Jahren, Karenzzeit von drei Jahren bis zum neuen befristeten Arbeitsverhältnis	Arbeit und Soziales (Zeile 2355-2359)			x
69	Tariföffnungsklausel im Arbeitszeitgesetz, flexible Regelung der Höchstarbeitszeit mittels Betriebsvereinbarungen	Arbeit und Soziales (Zeile 2361-2366)			x
70	Anteil Zusatzarbeit darf die vereinbarte Mindestarbeitszeit um max. 20 Prozent unter- und max. 25 Prozent überschreiten	Arbeit und Soziales (Zeile 2368-2375)	x		
71	Recht auf befristete Teilzeit inkl. Rückkehrrecht	Arbeit und Soziales (Zeile 2386-2393)	x		
72	Teilzeitrecht: Zumutbarkeitsgrenze für Unternehmen mit 46 bis 200 Mitarbeiter:innen	Arbeit und Soziales (Zeile 2396-2401)	x		
73	Möglichkeit der Ablehnung einer befristeten Teilzeit, wenn diese ein Jahr unter- oder fünf Jahre überschreitet	Arbeit und Soziales (Zeile 2402-2404)	x		
74	Frühestens ein Jahr nach Ablauf der begrenzten Teilzeitarbeit Anspruch auf erneute Verringerung der Arbeitszeit	Arbeit und Soziales (Zeile 2405-2407)	x		
75	Grundrente für bestehende und zukünftige Grundsicherungsbezieher:innen mit 35 Jahren Beitragszeiten bzw. Kindererziehungs-/ Pflegezeiten, Bedürftigkeitsprüfung als Voraussetzung	Arbeit und Soziales (Zeile 4254-4257)		x	

ERFÜLLUNGS-JAHR	BEGRÜNDUNG
2018	Im neuen „TzBfG“ findet sich ein entsprechender Paragraph, der regelt, dass Beschäftigte in Unternehmen mit mehr als 45 Mitarbeiter:innen das Recht haben nach einer Teilzeitphase zu früherer Arbeitszeit zurückzukehren.
2018	Die Bundesregierung hat die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sogar um 0,5 statt 0,3 Prozentpunkte gesenkt.
	Es gibt weiterhin keine einheitlichen beziehungsweise wenigstens flächendeckenden Regelungen bezüglich des Meisterbonus.
2018	Der Bundesminister Hubertus Heil hat am 03. Mai 2018 eine entsprechende Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ eingesetzt.
2020	Bundestag und Bundesrat haben 2020 die Grundrente beschlossen, welche ab 01.01.2021 in Kraft trat.
2018	Die Anerkennung von Erziehungszeiten wurde mit dem am 28. November 2018 abgeschlossenen „RV-Leistungsverbesserungs- und Stabilisierungsgesetz“ verbessert sowie die „Mütterrente“ ergänzt. Allerdings werden für die Zielpersonen nur ein halbes anstatt eines ganzen Jahres angerechnet, wodurch maximal 2,5 Entgeltpunkte pro Kind erhalten werden können.
2019	Am 10. Juli 2019 wurde der erste Bericht zur Wirksamkeit des Entgelttransparenzgesetzes vorgelegt.
2019	Zum 01. August 2019 hat eine Erhöhung der Leistungen sowie Freibeträge des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes stattgefunden.
2018	Im Juni 2018 hat die Bundesregierung die Enquête-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ ins Leben gerufen. Diese hat den Auftrag, die Entwicklungsperspektiven der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der künftigen Arbeitswelt zu analysieren, die ökonomischen und sozialen Potentiale einer Modernisierung zu prüfen und daraus für die Politik konkrete Handlungsempfehlungen abzuleiten.
	Es wurde kein Gesetz zur Förderung der mobilen Arbeit verabschiedet.
	Es wurde kein Anwendungsprogramm „Assistenzsysteme für kleine und mittlere Unternehmen“ aufgelegt.
2018	Mit dem Teilhabechancengesetz wurden die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Bundeshaushalt um insgesamt vier Mrd. € für den Zeitraum bis 2022 aufgestockt und ein Passiv-Aktiv-Transfer geschaffen.
2019	Die Mittel wurden von 2018 auf 2019 auf 400 Mio. € erhöht, allerdings sind diese noch immer befristet.
2018	Im Bundeshaushalt für 2019 sind die 50 Mio. € für §16h SGB II aufgeführt.
2021	Das „Betriebsrätemodernisierungsgesetz“ wurde 2021 vom Bundestag verabschiedet.
	Es gab im „Teilzeit- und Befristungsgesetz“ keine Änderung, die regelt, dass sachgrundlose Befristungen in Unternehmen mit mehr als 75 Mitarbeiter:innen und wenn diese mehr als 2,5 Prozent der Belegschaft betreffen als unbefristet gelten.
	Im „Teilzeit- und Befristungsgesetz“ ist nach wie vor eine maximale Befristung von 24 Monaten und eine maximal dreimalige Verlängerung festgehalten.
	Es gab im „Teilzeit- und Befristungsgesetz“ keine entsprechende Änderung.
	Die Tariföffnungsklausel wurde bisher nicht geschaffen.
2018	Im „Gesetz zur Weiterentwicklung des Teilzeitrechts - Einführung einer Brückenteilzeit“ ist geregelt, dass die Zusatzarbeit die Mindestarbeitszeit um höchstens 20 Prozent unterschreiten und um 25 Prozent überschreiten darf.
2018	Durch die Einführung des Gesetzes zur sog. Brückenteilzeit haben Arbeiter:innen ein Recht auf befristete Teilzeit.
2018	Im Gesetz zur Brückenteilzeit findet sich unter §9 (2) eine entsprechende Regelung in Form einer Zumutbarkeitsgrenze.
2018	Im Gesetz zur Brückenteilzeit findet sich unter §9 (1) eine entsprechende Regelung in Form einer Zumutbarkeitsgrenze.
2018	Im Gesetz zur Brückenteilzeit findet sich unter §9 (5) eine entsprechende Regelung in Form einer Zumutbarkeitsgrenze.
2020	Die Grundrente wurde von Bundestag und Bundesrat beschlossen und trat ab 01.01.2021 in Kraft. Entgegen des Koalitionsvertrages gilt diese allerdings bereits ab 33 Jahre; eine Bedürftigkeitsprüfung besteht ebenfalls nicht.

NR.	VERSPRECHEN	POLITIKFELD UND ZEILENHINWEIS IM KOALITIONSVERTRAG	VOLL ERFÜLLT	TEILWEISE ERFÜLLT	NICHT ERFÜLLT
76	Anhebung der Zurechnungszeiten	Arbeit und Soziales (Zeile 4270-4275)	x		
77	Absenkung des Beitrags zur Rentenversicherung durch Arbeitgeber:innen von Zeitungszusteller:innen	Arbeit und Soziales (Zeile 4309-4313)			x
78	Verlängerung der Assistierten Ausbildung um zwei Jahre	Arbeit und Soziales (Zeile 4335-4336)	x		
79	Meldepflicht der Arbeitsagenturen für offene Stellen, die von Menschen mit Schwerbehinderung besetzt waren	Arbeit und Soziales (Zeile 4348-4350)			x
80	Beendigung des Wahlrechtsausschlusses von Menschen mit Vollbetreuung	Arbeit und Soziales (Zeile 4381-4384)	x		
81	Aufstiegs-BAföG: Höhere Zuschüsse für Techniker:innen, Meister:innen und Fachwirt:innen	Arbeit und Soziales (Zeile 342)	x		
82	Wiederherstellung der Parität in der Krankenversicherung	Gesundheit (Zeile 388-389, 502-505 & 4759-4762)	x		
83	8.000 neue Fachkraftstellen in der medizinischen Behandlungspflege	Gesundheit (Zeile 496-497 & 4444-4448)	x		
84	Entwicklung „Konzertierte Aktion Pflege“	Gesundheit (Zeile 497-498, 4427-4436 & 4453-4456)	x		
85	Kein Rückgriff auf Einkommen von Kindern pflegebedürftiger Eltern bis 100.000 € im Jahr	Gesundheit (Zeile 500-501 & 4484-4485)	x		
86	Mehr Medizinstudienplätze	Gesundheit (Zeile 507 & 4658)			x
87	Einführung einer Landarztquote	Gesundheit (Zeile 507)			x
88	Abschaffung des Schulgelds für Ausbildungen in Gesundheitsfachberufen	Gesundheit (Zeile 507-508 & 4674-4677)			x
89	Einführung einer elektronischen Patientenakte	Gesundheit (Zeile 508-509 & 4723-4724)	x		
90	Erhöhung der Festzuschüsse für Zahnersatz von 50 auf 60 Prozent	Gesundheit (Zeile 511-512 & 4552-4553)	x		
91	Verbot des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln	Gesundheit (Zeile 518-519 & 4559-4560)			x
92	Aktionsplan zur Weiterentwicklung des E-Health-Gesetzes, digitaler Impf- und Mutterpass sowie digitale Verwaltung des Zahnbonushefts, „Mobile Health“ und digitale Rezeptvergabe	Gesundheit (Zeile 2104-2110)	x		
93	Refinanzierung von Tarifsteigerungen im Krankenhausbereich mit Nachweispflicht	Gesundheit (Zeile 4462-4464)	x		
94	Zusammenfassung von Kurzzeit-, Verhinderungs-, Tages- und Nachtpflege zu einem jährlichen Entlastungsbudget	Gesundheit (Zeile 4472-4479)			x
95	Einführung von Personaluntergrenzen in Krankenhäusern	Gesundheit (Zeile 4496-4499)		x	
96	Einrichtung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Versorgung des stationären und ambulanten Systems	Gesundheit (Zeile 4507-4513)	x		
97	Bessere Erreichbarkeit der Terminservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen von 8 bis 18 Uhr	Gesundheit (Zeile 4516-4520)	x		
98	Erhöhung des Mindestsprechstundenangebots der Vertragsärzt:innen von 20 auf 25 Stunden	Gesundheit (Zeile 4522-4523)	x		
99	Entfallen von Zulassungssperren für Neuniederlassungen von Ärzt:innen in ländlichen und strukturschwachen Gebieten	Gesundheit (Zeile 4531-4535)	x		
100	Mitberatungs- und Antragsrecht in den Zulassungsausschüssen der Kassenärztlichen Vereinigung für die Länder	Gesundheit (Zeile 4538-4540)	x		
101	Fortsetzung des Innovationsfonds über das Jahr 2019 mit 200 Mio. € pro Jahr	Gesundheit (Zeile 4542-4543)	x		

ERFÜLLUNGS-JAHR	BEGRÜNDUNG
2018	Es findet sich eine Gesetzesänderung im SGB § 253a, die die Anhebung der Zurechnungszeiten entsprechend regelt.
	Der Beitrag zur Rentenversicherung wurde für Zeitungszusteller:innen nicht befristet abgesenkt.
2018	Der Bundesrat hat im Mai 2018 die Assistierte Ausbildung bis 2020 verlängert.
	Die Meldepflicht der Arbeitsagenturen wurde nicht wiedereingeführt.
2019	Das Wahlrecht wurde entsprechend angepasst.
2020	2020 fand eine Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes statt, welches höhere Zuschüsse und bessere Leistungen enthält.
2019	Das GKV-Versichertenentlastungsgesetz führt die Parität in den Beitragszahlungen wieder ein.
2018	Im Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals ist die Finanzierung von 13.000 zusätzlichen Stellen in der vollstationären Altenpflege vorgesehen.
2019	Im Juli 2018 wurde die „Konzertierte Aktion Pflege“ gestartet. Innerhalb eines Jahres werden in Arbeitsgruppen Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegesituation bestimmt. Im Januar 2019 wurden bereits Ergebnisse veröffentlicht, die als „Ausbildungsoffensive Pflege“ bis 2023 umgesetzt werden. Das Sofortprogramm Pflege ist umgesetzt, ein Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals ist am 01. Januar 2019 in Kraft getreten.
2019	Das entsprechende Gesetz wurde am 07.11.2019 vom Bundestag verabschiedet
	Die Anzahl der Medizinstudierenden hat sich nicht signifikant verändert.
	Im Rahmen des Masterplans Medizinstudium 2020 haben die Länder die Möglichkeit bis zu 10% ihrer Studienplätze für Humanmedizin an Bewerber:innen zu vergeben, die sich bereiterklären, nach Abschluss in strukturschwächeren Regionen zu arbeiten. Es gibt allerdings keine einheitliche nationale Quote.
	Die Schulgeldfreiheit wird zurzeit von der Bundesregierung bearbeitet.
2019	Im Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) ist die Einführung der elektronischen Patientenakte geregelt.
2019	Im Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) ist die Erhöhung des Festzuschusses zum Zahnersatz von 50 auf 60 Prozent geregelt.
	Es gibt kein Verbot des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln.
2020	Der Bundestag hat am 07.11.2020 dem „Digitale-Versorgung-Gesetz“ zugestimmt.
2018	Der Bundestag hat am 09. November 2018 das „Pflegepersonal-Stärkungsgesetz“ mit den entsprechenden Maßnahmen verabschiedet.
	Das jährliche Entlastungsbudget wurde nicht eingeführt.
2021	Nachdem kurzzeitig Ausnahmen aufgrund der Corona-Pandemie bestanden, wurden die Ausnahmen für die Personaluntergrenzen wieder zurückgenommen. Zusätzlich kamen ab 01.02.2021 weitere Abteilungen dazu.
2019	Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Sektorenübergreifende Versorgung“ hat im Mai 2019 erste Zwischenergebnisse veröffentlicht.
2020	Die Terminservicestellen sind bundesweit eingerichtet und in jedem Bundesland erreichbar.
2019	Das Terminservice- und Versorgungsgesetz regelt die Erhöhung des Mindestsprechstundenangebotes.
2019	Das Terminservice- und Versorgungsgesetz überlässt die Regelung über Zulassungssperren bei Neuniederlassung von Ärzt:innen in ländlichen und strukturschwachen Regionen den Ländern.
2019	Durch das Terminservice- und Versorgungsgesetz haben die obersten Landesbehörden in bestimmten Verfahren ein Mitbestimmungs- und Antragsrecht.
2019	Der Bundestag hat am 07.11.2019 das „Digitale-Versorgung-Gesetz“ beschlossen, welches unter anderem die Weiterführung des Investitionsfonds bis 2024 mit jährlich 200 Mio. € vorsieht.

NR.	VERSPRECHEN	POLITIKFELD UND ZEILENHINWEIS IM KOALITIONSVERTRAG	VOLL ERFÜLLT	TEILWEISE ERFÜLLT	NICHT ERFÜLLT
102	Gleiche Rechte und Pflichten für die Länder in Beratungen zur Bedarfsplanung und Qualitätssicherung im Bundesausschuss	Gesundheit (Zeile 4581-4583)	x		
103	Einsetzen einer Kommission, die Vorschläge zur Reformierung der ambulanten Honorar- und Gebührenordnung der Krankenkassen vorlegt	Gesundheit (Zeile 4584-4594)	x		
104	Erhaltung der Länderkompetenz in der Krankenhausplanung und der Verpflichtung zur Investitionsförderung	Gesundheit (Zeile 4597-4600)	x		
105	Fortsetzung des Strukturfonds für weitere vier Jahre in Höhe von einer Mrd. € jährlich	Gesundheit (Zeile 4600-4604)	x		
106	Umstellung der Krankenhausvergütung auf Kombination von Fallpauschalen und Pflegepersonalkostenvergütung	Gesundheit (Zeile 4622-4627)	x		
107	Verbindliche Freistellungsregelung für Transplantationsbeauftragte, höhere Vergütung der Organentnahme	Gesundheit (Zeile 4636-4638)	x		
108	Aufbau integrierter Notfallzentren	Gesundheit (Zeile 4643-4646)			x
109	Hebammenausbildung als akademischer Beruf	Gesundheit (Zeile 4677-4678)	x		
110	Vorlage eines Eckpunktepapiers zur Weiterentwicklung des Präventionsgesetzes	Gesundheit (Zeile 4689-4693)			x
111	Fortsetzung des Pharma-Dialogs unter Einbeziehung der Regierungsfractionen	Gesundheit (Zeile 4741-4742)	x		
112	Absenken der Bemessungsgrundlage für Mindestkrankenversicherungsbeiträge auf 1.150 €	Gesundheit (Zeile 4767-4769)	x		
113	Gesetzliche Festlegung einer regelmäßigen Überprüfung des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs	Gesundheit (Zeile 4771-4774)	x		
114	Absenkung der Modernisierungumlage auf acht Prozent, Befristung auf fünf Jahre und Überprüfung zum Laufzeitende	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 575-576 & 5242-5244)		x	
115	Benennung einer/s Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Terroropfern und deren Angehörigen	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 597-598, 4408-4410 & 6117-6120)	x		
116	Einführung einer Musterfeststellungsklage	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 603-604 & 5791-5792)	x		
117	Einrichtung eines bundesweiten Verbraucherinformationsportals	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 604)			x
118	Schaffung einer Beteiligungsplattform für alle veröffentlichten Gesetzentwürfe	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 2031-2033)			x
119	Einrichtung eines nationalen Vergiftungsregisters beim Bundesinstitut für Risikobewertung	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 4222-4223)			x
120	Verlängerung des Bindungszeitraums für einen qualifizierten Mietspiegel von zwei auf drei Jahre	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 5218-5219)			x
121	Gesetzliche Auskunftspflicht des/der Vermieter:in bezüglich der Vormiete	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 5226-5228)	x		
122	Ausreichen einer einfachen Rüge des/der Mieter:in bezüglich der Miethöhe	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 5234-5235)	x		
123	„Herausmodernisieren“ gilt als Ordnungswidrigkeit mit Schadensersatzansprüchen für Mieter:innen	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 5237-5240)	x		
124	Erhöhung der Miete nach Modernisierung um max. drei € pro Quadratmeter Wohnfläche	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 5246-5249)	x		
125	Vereinfachtes Mieterhöhungsverfahren für kleinere Modernisierungen	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 5251-5254)	x		
126	Aufhebung der Fristen für die Beantragung nach den Rehabilitierungsgesetzen für die SED-Opfer	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 5618-5619 & 8014-8016)	x		
127	Gebündelte Vertretung der Interessen von Nebenkläger:innen durch das Gericht in umfangreichen Strafverfahren	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 5777-5779)	x		

ERFÜLLUNGS-JAHR	BEGRÜNDUNG
2019	Die 2019 beschlossenen Änderungen wurden in die Geschäftsordnung des G-BA (Gemeinsamer Bundesausschuss) übernommen.
2020	Die Wissenschaftliche Kommission für ein modernes Vergütungssystem (KOMV) hat am 28. Januar 2020 ihren Ergebnisbericht an den Bundesgesundheitsminister übergeben.
2018-2021	Die Länderkompetenz in der Krankenhausplanung und die Verpflichtung zur Investitionsfinanzierung besteht weiterhin.
2018	Der Krankenhausstrukturfonds wurde im Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals um vier Jahre fortgeführt. Wie im Versprechen angegeben investiert der Bund jährlich die Hälfte (500 Mio. €).
2018	Mit dem sogenannten Sofortprogramm Pflege, das als Pflegepersonal-Stärkungsgesetz am 11. Dezember 2018 verabschiedet wurde, wird ab 2020 die Krankenhausvergütung entsprechend umgestellt.
2019	Am 01. April 2019 ist das Zweite Gesetz zur Änderung des Transplantationsgesetzes in Kraft getreten, das die Stellung der Transplantationsbeauftragten, die Finanzierung und Struktur der Transplantationsstellen und die Vergütung bei Organentnahme verbessert.
	Es gibt keine Gesetzesänderung hinsichtlich des Aufbaus integrierter Notfallzentren.
2019	Der Bundestag hat am 26. September 2019 dem Hebammenreformgesetz zugestimmt, demzufolge Hebammen künftig in einem dualen Studium ausgebildet und dadurch ein wissenschaftliches Studium mit einer beruflichen Ausbildung verbinden können.
	Ein Eckpunktepapier zur Weiterentwicklung des Präventionsgesetzes wurde nicht vorgelegt.
2018-2021	Unter Beteiligung der Regierungsfractionen aus Bund und Land und weiteren Vertreter:innen aus Verbänden, Wissenschaft und Industriegewerkschaft fand im November 2018 die erste Sitzung des Pharmadialogs in Berlin statt.
2018	Im Versichertenentlastungsgesetz (GKV-VEG), das am 01. Januar 2019 in Kraft trat, gilt für Kleinselbstständige die Bemessungsgrundlage von 1.038,33 €.
2020	Das „Fairer-Kassenwettbewerb-Gesetz“ wurde am 13.02.2020 durch den Bundestag beschlossen.
2018	Die Modernisierungsumlage wurde auf acht Prozent reduziert, allerdings ohne Befristung auf fünf Jahre.
2018	Das Bundeskabinett hat am 11. April 2018 Edgar Franke zum Beauftragten der Bundesregierung für die Anliegen von Opfern und Hinterbliebenen von terroristischen Straftaten im Inland benannt.
2018	Der Bundestag hat am 12. Juli 2018 das Gesetz zur Einführung einer zivilprozessualen Musterfeststellungsklage beschlossen.
	Es wurde kein bundesweites Verbraucherinformationsportal eingerichtet.
	Es wurde keine Beteiligungsplattform für alle veröffentlichten Gesetzentwürfe geschaffen.
	Bisher wurde kein nationales Vergiftungsregister eingeführt.
	Der Bindungszeitraum für einen qualifizierten Mietspiegel wurde im BGB nicht von zwei auf drei Jahre verlängert.
2018	Im Mietrechtsanpassungsgesetz ist die gesetzliche Auskunftspflicht des/der Vermieter:in geregelt.
2018	Durch das Mietrechtsanpassungsgesetz reicht nun eine einfache Rüge aus.
2018	Durch das Mietrechtsanpassungsgesetz gilt das gezielte „Herausmodernisieren“ nun als Ordnungswidrigkeit.
2018	Durch das Mietrechtsanpassungsgesetz darf die monatliche Miete nach einer Modernisierung um nicht mehr als drei € pro Quadratmeter innerhalb von sechs Jahren erhöht werden.
2018	Ein optionales, vereinfachtes Mieterhöhungsverfahren für kleinere Modernisierungen wurde mit dem Mietrechtsanpassungsgesetz eingeführt.
2019	Am 24.10.2019 wurde das Sechste Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR vom Bundestag verabschiedet, welches unter anderem die entsprechende Entfristung enthält.
2019	Der Bundestag hat am 15.11.2019 das Gesetz zur Modernisierung des Strafverfahrens verabschiedet, welches unter anderem die Bündelung der Nebenklagevertretung ermöglicht.

NR.	VERSPRECHEN	POLITIKFELD UND ZEILENHINWEIS IM KOALITIONSVERTRAG	VOLL ERFÜLLT	TEILWEISE ERFÜLLT	NICHT ERFÜLLT
128	Vorab-Entscheidungsverfahren für Besetzungsrügen	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 5784-5785)	x		
129	Gesetzliche bundeseinheitliche Qualitätsstandards für Gerichtsdolmetscher:innen	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 5787-5788)	x		
130	Inkrafttreten des Gesetzes zur Musterfeststellungsklage bis spätestens 01. November 2018 (Verhinderung von Verjährungen)	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 5798-5799)	x		
131	Musterfeststellungsklage: Mindestens zehn Betroffene für Verfahrenseinleitung, 50 Personen zum Klageregister für die Verfahrensdurchführung, Frist: Zwei Monate	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 5801-5805)	x		
132	Allgemeine Verbraucherschlichtungsstelle dauerhaft beim Bund	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 5829-5831)	x		
133	Verbot der Gesichtsbekleidung in Gerichtsverhandlungen zur Identitätsfeststellung oder Beurteilung des Aussageverhaltens	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 5863-5866)	x		
134	Erweiterung des Sanktionsinstrumentariums: Höhe der Sanktion abhängig von der Wirtschaftskraft des Unternehmens	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 5906-5912)			x
135	Strafbarkeit für den Versuch des Cybergroomings	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 6131-6134)	x		
136	Expertenkommission für eine Reform des Personengesellschaftsrechts	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 6163-6165)	x		
137	Bewahrung des Grundsatzes der Gleichbehandlung aller Gläubiger:innen im Insolvenzrecht	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 6194-6195)	x		
138	Strafrechtspflegestatistikgesetz in Zusammenarbeit mit den Ländern	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 6294-6296)			x
139	Verpflichtung der Grundversorger:innen zum Angebot einer Versorgung auf Vorauszahlungsbasis	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 6336-6339)			x
140	Reform des Sozialen Entschädigungsrechts (SER)	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 4398-4406)	x		
141	Pakt für den Rechtsstaat: 2.000 neue Richterstellen und entsprechendes Folgepersonal	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 5744-5751)	x		
142	Musterfeststellungsklage: Entfallen der Bindungswirkung nur, wenn Anmeldung bis zum Beginn der ersten mündlichen Verhandlung zurückgenommen ist	Justiz und Verbraucherschutz (Zeile 5807-5810)	x		
143	Freies WLAN an allen öffentlichen Einrichtungen, Zügen und Bahnhöfen der Deutschen Bahn	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 355-356)			x
144	Einführung eines Fonds zur Game-Förderung	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 366, 673-674 & 8141-8142)	x		
145	Anbindung von Schulen, Gewerbegebieten, sozialen Einrichtungen und Krankenhäusern an das Glasfasernetz	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 394-395 & 1629-1632)			x
146	Eine Mrd. € zusätzlich für den regionalen Verkehr (GVFG)	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 452-453)	x		
147	Stärkung Schiene mit Schienenpakt 2030	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 454-455)	x		
148	Einführung eines bundesweiten E-Tickets	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 456-457)			x
149	Aufbau Ladeinfrastruktur mit 100.000 Ladepunkten für Elektrofahrzeuge	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 467 & 3516-3518)			x
150	Bereitstellung von zehn bis zwölf Mrd. € in einem Gigabitinvestitionsfonds	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 1634-1639)	x		
151	Fortsetzen der Netzallianz „Digitales Deutschland“	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 1656-1657)			x
152	Erlaubnis von Absprachen durch Änderungen im Telekommunikations- und Kartellrecht	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 1664-1670)	x		

ERFÜLLUNGS-JAHR	BEGRÜNDUNG
2019	Die am 15.11.2019 vom Bundestag verabschiedete Modernisierung des Strafverfahrens enthält die Einführung eines Vorabentscheidungsverfahrens für den Besetzungseinwand.
2019	Der Bundestag hat am 15.11.2019 das Gesetz zur Modernisierung des Strafverfahrens verabschiedet, welches unter anderem die Festlegung einheitlicher Standards für Gerichtsdolmetscher:innen beinhaltet.
2018	Der Bundestag hat am 12. Juli 2018 bekanntgegeben, dass das Gesetz zur Musterfeststellungsklage beschlossen wurde.
2018	Mit dem Gesetz zur Einführung einer zivilprozessualen Musterfeststellungsklage ist die Mindestzahl von zehn individualisierten Betroffenen für die Einleitung des Verfahrens, von 50 Anmelder:innen zum Klageregister für die Durchführung des Verfahrens und eine Frist von zwei Monaten festgeschrieben.
2019	Das Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die außergerichtliche Streitbeilegung in Verbrauchersachen und zur Änderung weiterer Gesetze vom 30.11.2019 beinhaltet die Schaffung einer Universalschlichtungsstelle des Bundes.
2019	Mit dem Gesetz zur Modernisierung des Strafverfahrens, welches am 13.12.2019 in Kraft getreten ist, ist das Verhüllungsverbot im Gerichtsverfassungsgesetz §176 (2) festgeschrieben.
	Ein entsprechender Gesetzesentwurf lag zwar vor, ist jedoch letztendlich gescheitert.
2020	Am 17.01.2020 wurde das „Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Versuchsstrafbarkeit des Cybergrooming“ vom Bundestag angenommen.
2018	Das BMJV hat die Expertenkommission Personengesellschaftsrecht gegründet.
2018-2021	Der Grundsatz der Gleichbehandlung der Gläubiger:innen steht weiterhin in §294 der Insolvenzordnung.
	Es gibt einen Gesetzesentwurf zum Strafrechtspflegestatistikgesetz. Aber das Gesetz wurde nicht verabschiedet.
	Es gibt keine Verpflichtung für die Grundversorger:innen eine Versorgung auf Basis von Vorauszahlungen anzubieten.
2019	Das entsprechende Gesetz trat am 12. Dezember 2019 in Kraft.
2019-2021	Der Pakt für den Rechtsstaat wurde von Bund und Ländern am 31. März 2019 beschlossen. Die Justiz-Stellen wurden geschaffen.
2018	Mit dem Gesetz zur Einführung einer zivilprozessualen Musterfeststellungsklage kann die Bindungswirkung nur ausgesetzt werden, wenn der/die Verbraucher:in seine/ihre Anmeldung wirksam zurückgenommen hat. Es kann sich bis zum Ablauf des Tages vor Beginn des ersten Termins angemeldet werden.
	Zwar gibt es mittlerweile kostenloses WLAN in allen ICE-Zügen, aber erst Ende 2021 soll das im kompletten Fernverkehr (auch IC) so sein. Im Regionalverkehr gibt es weiterhin große Lücken. Auf 127 Bahnhöfen in Deutschland gibt es 30 Min. kostenfreies WLAN. Auch gibt es noch lange nicht in allen öffentlichen Einrichtungen offenes WLAN
2018	Im Bundeshaushalt 2019 sind erstmals 50 Mio. € für die Games-Förderung veranschlagt.
	Diverse Schulen besitzen noch keinen Anschluss an das Glasfasernetz.
2019	Im Rahmen des Klimaschutzprogrammes werden die Bundesfinanzhilfen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes von 332 Mio. € auf 1 Mrd. € ab 2021 und 2 Mrd. € ab 2025 erhöht.
2020	Das BMVI hat am 30.06.2020 den „Masterplan Schienenverkehr“ vorgestellt.
	Bislang wurde kein bundesweites E-Ticket für den ÖPNV entwickelt.
	Bislang gibt es keine 100.000 Ladepunkte für Elektroautos.
2018	Am 01. Dezember 2018 ist das Gesetz zur Errichtung des Sondervermögens „Digitale Infrastruktur“ in Kraft getreten. Dieses Sondervermögen stellt den Gigabitinvestitionsfonds dar, das allerdings im Haushaltsjahr 2019 nur 2,4 Mrd. € betrug.
	Die Netzallianz Digitales Deutschland ist letztmalig im November 2017 zusammengekommen und seitdem wird sie nicht fortgesetzt.
2021	Das nationale Roaming ist durch die Netzentur möglich.

NR.	VERSPRECHEN	POLITIKFELD UND ZEILENHINWEIS IM KOALITIONSVERTRAG	VOLL ERFÜLLT	TEILWEISE ERFÜLLT	NICHT ERFÜLLT
153	Kombination der Lizenzvergaben mit Ausbauauflagen, neue Frequenzen nur gegen flächendeckende Versorgung	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 1672-1678)	x		
154	Auflage des Bundesprogramms „Smarte Modellregionen“	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 2117-2126)	x		
155	Realisierung der noch nicht fertiggestellten Öffentlich-Privaten Partnerschaften	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 3383-3387)		x	
156	Einsetzen einer Kommission, die eine Strategie „Zukunft der bezahlbaren und nachhaltigen Mobilität“ erarbeitet	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 3437-3440)	x		
157	Einführung einer Sonder-AfA (Abschreibung für Abnutzung) für gewerblich genutzte Elektrofahrzeuge	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 3527-3529)	x		
158	Freistellung von Elektrobussen von der EEG-Umlage	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 3544-3545)	x		
159	Keine Privatisierung der Bahn	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 3592-3596)	x		
160	Rechtliche Voraussetzungen für vollautonome Fahrzeuge schaffen	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 3663-3665)	x		
161	Verbindliche Vorschreibung von Fahrerassistenzsystemen für LKW und Busse	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 3676-3678)			x
162	Fortsetzung der Beteiligung des Bundes am Flughafen Köln-Bonn	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 3741)	x		
163	Entwicklung eines „Masterplans Binnenschifffahrt“	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 3796-3798)	x		
164	Bedingungen des Güterkraftverkehrsrechts gelten auch für Transporter mit unter 3,5 t Gesamtgewicht	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 3821-3823)			x
165	Erhalten der bestehenden Nachtflugverbote	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 5681-5682)		x	
166	Festhalten an den Festlegungen im Personenbeförderungsgesetz	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 5720-5721)	x		
167	Fortschreibung des Nationalen Radverkehrsplans 2020	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 5736-5737)	x		
168	Möglichkeit für Bürger:innen zur Meldung von Funklöchern über App der Bundesnetzagentur	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 1691-1694)	x		
169	Zusammenführung und Veröffentlichung der Meldungen der Funklöcher durch Bürger:innen in einer Mobilfunkversorgungskarte	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 1691-1694)	x		
170	Jährlicher Monitoringbericht der Bundesnetzagentur über Sicherstellung der Netzabdeckung	Verkehr und digitale Infrastruktur (Zeile 1691-1694)	x		
171	Reduzierter Dienstwagenbesteuerungssatz von 0,5 Prozent des inländischen Listenpreises für E-Fahrzeuge	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Zeile 463-464 & 3509-3511)	x		
172	Einsetzen einer Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Zeile 561-562 & 5473-5479)	x		
173	Gesetz zur Einhaltung der Klimaziele 2030	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Zeile 610-611)	x		
174	Kommission für Aktionsprogramm zur Erreichung des 40-Prozent-Ziels, Reduzierung der Kohleverstromung und Absicherung des Strukturwandels	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Zeile 612-615)	x		
175	Keine EU-Förderung für neue Atomkraftwerke	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Zeile 620-621 & 6654-6655)			x
176	Beendigung aller Beteiligungen staatlicher Fonds an AKWs im Ausland	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Zeile 621-622 & 6655-6656)	x		
177	Teilnahme an Ausschreibungen nur für bundesimmissionsschutzrechtlich genehmigte Projekte	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Zeile 3260-3263)	x		

ERFÜLLUNGS-JAHR	BEGRÜNDUNG
2018	In den Vergabe- und Auktionsregeln sind die entsprechenden Ausbaurichtlinien zum flächendeckenden Ausbau enthalten.
2020	Seit September 2020 werden im Rahmen des Modellvorhabens „Smarte.Land.Regionen“ sieben ausgewählte Landkreise bei der Entwicklung digitaler Lösungen für den ländlichen Raum unterstützt.
2020	Im Mai 2020 wurden Verträge der Öffentlich-Privaten Partnerschaften veröffentlicht. Die Fertigstellung einiger Projekte steht allerdings noch aus.
2018	Eine entsprechende Plattform mit dem Namen „Nationale Plattform Zukunft der Mobilität“ (NPM) wurde am 19. September 2018 beschlossen.
2018	Im August 2018 hat das Bundeskabinett die Sonder-AfA von 0,5 Prozent des Listenpreises beschlossen und im November hat der Bundesrat ebenfalls diesem Beschluss zugestimmt.
2020	In der finalen Version der EEG-Novelle, welche am 17.12.2020 vom Bundestag beschlossen wurde, ist die Gleichstellung von Elektro-Bussen mit Bahnen enthalten.
2018-2021	Die Bahn ist nach wie vor eine AG und befindet sich im Eigentum des Bundes.
2021	Das entsprechende Gesetz zum autonomen Fahren wurde vom Bundestag verabschiedet.
	Es gibt noch keine verbindliche Vorschrift für Fahrassistenzsysteme von LKWs.
2018	Trotz Verhandlungen bzgl. eines möglichen Verkaufs der Beteiligung des Bundes am Flughafen Köln-Bonn, hat sich der Bund dafür entschieden weiter an der Beteiligung des Bundes am Flughafen Köln-Bonn festzuhalten.
2019	Am 14. Mai 2019 hat Andreas Scheuer den Masterplan Binnenschifffahrt vorgestellt, der gemeinsam mit den Verbänden der Wirtschaft und weiteren Akteuren erarbeitet wurde.
2020	In der finalen Version der EEG-Novelle, welche am 17.12.2020 vom Bundestag beschlossen wurde, ist die Gleichstellung von Elektro-Bussen mit Bahnen enthalten.
2018-2021	Im Rahmen der Corona-Pandemie wurde das Nachtflugverbot am Flughafen Tegel ausgesetzt.
2018-2021	Es gab keine entsprechende Änderung des Personenbeförderungsgesetzes.
2021	Am 21.04.2021 hat das Kabinett einen neuen Radverkehrsplan beschlossen.
2018	Das BMVI hat am 30. Oktober 2018 in einer Pressemitteilung den Launch einer Funkloch-App der Bundesnetzagentur bekanntgegeben.
2019	Die über die App gesammelten Daten werden in einer detaillierten Karte zusammengefasst und gebündelt. Diese Karte ist bei der Bundesnetzagentur öffentlich einsehbar.
2018-2021	Das BMVI plant einen jährlichen Monitoringbericht zur Netzabdeckung in Deutschland vorzulegen. Der Monitoringbericht 2017/18 wurde bereits veröffentlicht.
2019	Zum 01. Januar 2019 trat eine Änderung in Kraft, dass Elektrofahrzeuge und Hybridelektrofahrzeuge, die nach dem 31. Dezember 2018 und vor dem 01. Januar 2022 angeschafft oder geleast werden, nur noch zur Hälfte besteuert werden.
2018	Die Bundesregierung hat per Kabinettsbeschluss vom 18. Juli 2018 die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingesetzt.
2019	Der Bundestag hat am 15. November 2019 dem Klimapaket der Bundesregierung zugestimmt. Der Einigungsvorschlag des Vermittlungsausschusses wurde am 19. Dezember 2019 angenommen.
2018	Das Bundeskabinett hat am 06. Juni 2018 die Einsetzung der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ beschlossen.
	Die Förderung von Atomkraft ist im EUROTOM-Vertrag geregelt. Dieser hat weiterhin Bestand und wurde nicht geändert.
2019	Der Bund hat im Oktober 2019 alle Anteile an Kernkraftwerken im Ausland veräußert.
2020	Die EEG-Novelle, welche bislang geltende Sonderregelungen abschafft, wurde im Dezember 2020 vom Bundestag verabschiedet.

NR.	VERSPRECHEN	POLITIKFELD UND ZEILENHINWEIS IM KOALITIONSVERTRAG	VOLL ERFÜLLT	TEILWEISE ERFÜLLT	NICHT ERFÜLLT
178	Erprobung von Baurecht durch Maßnahmengesetze für fünf Pilotprojekte	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Zeile 3426)	x		
179	Steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Zeile 5366-5368)	x		
180	Fortsetzung des Programms „Nationales Naturerbe“	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Zeile 6545-6547)			x
181	„Wildnisfonds“ zur Unterstützung der Länder bei dem Zwei-Prozent-Ziel Wildnis	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Zeile 6551-6553)	x		
182	Weitere Umsetzung des Bundesprogramms „Blaues Band Deutschland“	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Zeile 6553-6554)	x		
183	Verbesserung der Lebensbedingungen für Insekten mit dem „Aktionsprogramm Insektenschutz“	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Zeile 6559-6560)	x		
184	Aufbau eines wissenschaftlichen Monitoringzentrums zur Biodiversität	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Zeile 6561-6563)	x		
185	Erarbeiten einer „Nationalen Forschungs- und Innovationsstrategie für Ressourcenschutztechnologie“	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Zeile 6602-6604)			x
186	Gesetzliche Absicherung länderspezifischer Regelungen bei Verfüllung von Gruben, Brüchen und Tagebauen (Öffnungsklausel)	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Zeile 6611-6614)	x		
187	Verabschiedung der Novelle der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft)	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Zeile 6617-6618)	x		
188	Einrichten eines Kompetenzzentrums „Strahlenschutz und Stromnetze“	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Zeile 6635-6637)	x		
189	Einführung eines In-camera-Verfahrens im Hauptsacheverfahren für geheimhaltungsbedürftige Unterlagen	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Zeile 6647-6650)	x		
190	Verabschiedung des Geowissenschaftsdatengesetzes	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Zeile 6660-6664)	x		
191	Schacht Konrad: Einrichtung eines Bereitstellungslagers	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Zeile 6672-6675)			x
192	Einschränkung des Einsatzes von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln und Entwicklung einer Ackerbaustrategie	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Zeile 6700-6706)	x		
193	Umsetzung des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020: Minus 40 Prozent CO2 2020 im Vergleich zu 1990	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Zeile 6716-6719)	x		
194	Einsetzen einer Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Zeile 6726-6740)	x		
195	Gesetz zur Gewährleistung der Einhaltung der Klimaschutzziele 2030	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Zeile 6742-6745)	x		
196	Fortsetzung der Nationalen Klimaschutzinitiative	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Zeile 6750)	x		
197	Fortführung des Bundesprogramms „Biologische Vielfalt“	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Zeile 6549)	x		
198	Einführung einer substantiellen Finanztransaktionssteuer	Finanzen (Zeile 190-191 & 3108-3109)			x
199	Fortführung des Europäischen Investitionsprogramms EFSI	Finanzen (Zeile 149-150)	x		
200	Höhere Beiträge Deutschlands zum EU-Haushalt zur finanziellen Stärkung der EU	Finanzen (Zeile 228-236)	x		
201	Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einem parlamentarisch kontrollierten Europäischen Währungsfonds	Finanzen (Zeile 246-249)			x
202	Schrittweise Abschaffung des Solis für ca. 90 Prozent der Zahlenden	Finanzen (Zeile 385-387, 421-423, 2431-2435 & 3083-3087)	x		
203	Keine Steuererhöhungen, weiterhin alle zwei Jahre ein Bericht zur Entwicklung der kalten Progression	Finanzen (Zeile 387-388, 419-420 & 2437-2441)	x		

ERFÜLLUNGS-JAHR	BEGRÜNDUNG
2020	Der Bundestag hat am 31.01.2020 einem Gesetzentwurf der Bundesregierung zugestimmt, welcher die Genehmigung durch Maßnahmengesetze für zwölf verschiedene Projekte ermöglicht.
2019	Der Bundesrat hat dem Gesetz zur Umsetzung des Klimaschutzprogrammes 2030 am 20.12.2019 zugestimmt. Teil des Gesetzes sind die steuerlichen Vergünstigungen bei energetischen Sanierungen.
	Das Programm „Nationales Naturerbe“ wurde nicht fortgesetzt.
2019	Für den Wildnisfonds sind ab dem Jahr 2019 jährlich zehn Mio. € vorgesehen.
2018-2021	Das Bundesprogramm „Blaues Band Deutschland“ wird weiter umgesetzt.
2019	Das Aktionsprogramm wurde Anfang September vom Bundeskabinett beschlossen.
2021	Die Einrichtung des nationalen Monitoringzentrums zur Biodiversität wurde im Januar 2021 beschlossen und nahm im gleichen Monat seine Arbeit auf.
	Das Versprechen ist Bestandteil der Hightech-Strategie 2025. Allerdings konnten keine konkreten Informationen zur Umsetzung gefunden werden.
2020	Die Mantelverordnung mit Öffnungsklausel wurde am 06.11.2020 vom Bundesrat bestätigt.
2021	Die Neufassung der Technischen Anleitung Luft wurde vom Bundeskabinett bestätigt.
2020	Das Kompetenzzentrum wurde am 05.02.2020 offiziell gegründet.
2021	Das „Siebzehnte Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes“ wurde vom Bundestag beschlossen.
2020	Das Geologiedatengesetz ist am 30.06.2020 in Kraft getreten.
	Das entsprechende Bereitstellungslager befindet sich momentan in der Planung. Es ist aber noch kein entsprechendes Bereitstellungslager eingerichtet worden und darüber hinaus ist unklar, wie lange der Planungsprozess dauern wird.
2021	Der Bundesrat hat der „Fünften Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung“ zugestimmt, welche die Verwendung von Glyphosat erheblich einschränkt. Darüber hinaus wurde eine neue Ackerbaustategie erarbeitet.
2020	Aufgrund der Corona-Beschränkungen ist es Deutschland gelungen, das Klimaziel 2020 zu erreichen.
2018	Die Kommission wurde am 06. Juni 2018 per Einsetzungsbeschluss der Bundesregierung einberufen.
2019	Das Klimaschutzgesetz wurde am 15.11.2019 vom Bundestag verabschiedet.
2018-2021	Die Nationale Klimaschutzinitiative wird fortgesetzt.
2018-2021	Das Bundesprogramm „Biologische Vielfalt“ wird fortgeführt.
	Trotz diverser Vorstöße und Bemühungen des BMF ist es nicht zu einer Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer gekommen.
2021	Das EU-Parlament hat im März 2021 „InvestEU“ angenommen, welches eine Fortführung des europäischen Investitionsprogrammes darstellt.
2018	Deutschland zahlt künftig mehr in den den EU-Haushalt ein. Es geht um einen Anstieg von circa 15 Mrd. €.
	Der ESM ist nach wie vor eine von den Organen der EU unabhängige Institution. Er unterliegt damit nicht der parlamentarischen Kontrolle des Europäischen Parlaments.
2019	Der Bundestag hat am 14.11.2019 das Gesetz zur Rückführung des Solidaritätszuschlags verabschiedet, welches den Soli für 90% der Bevölkerung abschafft.
2020	In der Legislaturperiode fand keine Erhöhung der Einkommenssteuer oder Sozialversicherungsbeiträge statt. Der Bericht zur kalten Progression wurde ebenfalls in den beabsichtigten Zeiträumen vorgelegt.

NR.	VERSPRECHEN	POLITIKFELD UND ZEILENHINWEIS IM KOALITIONSVERTRAG	VOLL ERFÜLLT	TEILWEISE ERFÜLLT	NICHT ERFÜLLT
204	Ausgeglichener Haushalt ohne neue Schulden, Rückführung der Schuldenstandsquote auf unter 60 Prozent des BIP	Finanzen (Zeile 418-419 & 3029-3035)			x
205	Erhalt der (anonymen) Bargeldzahlung	Finanzen (Zeile 1935-1936 & 3206-3207)	x		
206	Fortsetzung des 2011 eingeführten Eckerwerteverfahrens (Top-Down) zur Haushaltsaufstellung	Finanzen (Zeile 3037-3038)	x		
207	Einführung einer vorausgefüllten Steuererklärung bis zum Veranlagungszeitraum 2021	Finanzen (Zeile 3089-3094)			x
208	Abschaffung der Abgeltungssteuer auf Zinserträge durch Etablierung des automatischen Informationsaustausches	Finanzen (Zeile 3106-3107)			x
209	Abschaffung der Befahrensabgaben für die Nutzung der Binnenwasserstraßen	Finanzen (Zeile 3789-3791)	x		
210	Mautharmonisierung bleibt Bestandteil der Nutzerfinanzierung	Finanzen (Zeile 3833)	x		
211	Einführung einer Grundsteuer C zur besseren Verfügbarmachung von Grundstücken für Wohnzwecke	Finanzen (Zeile 5103-5105 & 5497-5499)	x		
212	Einführung einer befristeten Sonderabschreibung als steuerlicher Anreiz für freifinanzierten Wohnungsbau im bezahlbaren Mietsegment	Finanzen (Zeile 5139-5142)	x		
213	Einführung eines Bürgschaftsprogramms der KfW zur Absicherung eines Anteils des Kaufpreises bzw. der Baukosten selbstgenutzten Wohneigentums	Finanzen (Zeile 5151-5154)			x
214	Erweiterung des KfW-Förderprogramms Prävention durch Einbruchssicherung auf Mehrfamilienhäuser	Finanzen (Zeile 5180-5182 & 5889-5892)			x
215	Übertragung der Aufsicht über die Finanzanlagevermittler auf die Bundesanstalt der Finanzdienstleistungsaufsicht	Finanzen (Zeile 6348-6350)			x
216	Reform und Neuregelung der Grundsteuer	Finanzen (Zeile 5493-5496)	x		
217	Erhöhung des Kindergelds um 25 € pro Monat, entsprechende Anhebung des Kinderfreibetrages	Familie, Senioren und Jugend (Zeile 311-312 & 696-699)	x		
218	Jährlich laufende Mittel für Kinderbetreuung	Familie, Senioren und Jugend (Zeile 313-314 & 735-744)	x		
219	Erhöhung des Kinderzuschlags für einkommensschwache Familien und Alleinerziehende	Familie, Senioren und Jugend (318-319 & 701-705)	x		
220	Aufstockung Schulstarterpaket für Kinder aus einkommensschwachen Familien, Sammel- statt Einzelanträge für berechnete Kinder	Familie, Senioren und Jugend (Zeile 319-321, 722-725 & 2308-2311)	x		
221	Verankerung Kinderrechte im Grundgesetz, Beratung in neuer gemeinsamer Arbeitsgruppe	Familie, Senioren und Jugend (Zeile 322-323 & 802-806)			x
222	Zwei Mrd. € für Ausbau Ganztags- und Betreuungsangebote	Familie, Senioren und Jugend (Zeile 333-334)	x		
223	Freibetrag für Vermögen des Kindes aus Erwerbstätigkeit und Ausbildungsvergütung	Familie, Senioren und Jugend (Zeile 714-715)	x		
224	Abschaffung der Eigenanteile zur Mittagsverpflegung in Kitas und Schulen und für Schülerbeförderung	Familie, Senioren und Jugend (Zeile 725-726 & 2311-2312)	x		
225	Weiterführung des Unternehmensprogramms „Erfolgsfaktor Familie“	Familie, Senioren und Jugend (Zeile 764-767)	x		
226	Fortführung der Bundesinitiative „Hilfe und Unterstützung bei ungewollter Kinderlosigkeit“	Familie, Senioren und Jugend (Zeile 778-780)	x		
227	Fortsetzung des Programms „Stark im Beruf“ zur Integration	Familie, Senioren und Jugend (Zeile 788-791)	x		

ERFÜLLUNGS- JAHR	BEGRÜNDUNG
	2019 sank die Schuldenstandsquote unter 60%. Im Zuge der Corona-Pandemie erfolgte jedoch eine Neuverschuldung.
2018-2021	Bargeld ist weiterhin unbeschränktes gesetzliches Zahlungsmittel.
2018-2021	Das Eckwerteverfahren „Top-Down“ zur Haushaltsaufstellung wird fortgesetzt.
	Zwar existiert mittlerweile das Programm „Mein Elster“, welches jedoch nicht beinhaltet, dass steuerrelevante Informationen direkt an das Finanzamt weitergegeben werden und dementsprechend nicht von „vorausgefüllt“ gesprochen werden kann
	Die Abgeltungssteuer auf Zinserträge besteht weiterhin.
2019	Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur hat die Abschaffung der Befahrensabgabe für Binnenschifffahrt zum 01. Januar 2019 umgesetzt.
2018-2021	Die Mautharmonisierung ist weiterhin Bestandteil der Nutzerfinanzierung.
2019	Nach den anfänglichen Schwierigkeiten wurde die Grundsteuerreform Ende 2019 von Bundestag und Bundesrat verabschiedet.
2018	Die Sonderabschreibung wurde per Gesetz eingeführt.
	Ein entsprechendes Bürgschaftsprogramm der KfW wurde nicht eingeführt.
	Das entsprechende KfW-Förderprogramm wurde nicht erweitert.
	Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde von der Regierung dem Bundestag vorgelegt, letztendlich aber aufgrund von Kritik des Normenkontrollrates und Bundesrates abgesetzt und seit dem nicht erneut aufgegriffen.
2019	Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Reform der Grundsteuer wurde Ende 2019 von Bundestag und Bundesrat verabschiedet.
2020	Mit dem „Starke-Familien-Gesetz“, das am 29.04.2019 beschlossen wurde, erhöhte sich der monatliche Höchstbetrag des Kinderzuschlags mit Inkrafttreten am 01.07.2019 um 15 €. Eine weitere Erhöhung beinhaltet das zweite Familienentlastungsgesetz.
2019	Am 01.01.2019 trat das „Gute-KiTa-Gesetz“ in Kraft, das die finanzielle Unterstützung von Ländern/Kommunen in der KiTa-Betreuung in den genannten und weiteren Bereichen unterstützt und verbessert. Weitere Zusatzvereinbarungen mit den Bundesländern wurden im Dezember 2019 getroffen, wodurch die Ausschüttungen beginnen konnten.
2019	Die angesprochenen Maßnahmen sind Bestandteil des „Starke-Familien-Gesetz“, welches im März 2019 vom Bundestag verabschiedet worden ist.
2019	Durch das „Starke-Familien-Gesetz“ wird das Schulstarterpaket aufgestockt.
	Die Kinderrechte wurden nicht ins Grundgesetz aufgenommen.
2020	Die Einrichtung eines Sondervermögens des Bundes für den „Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter“ wurde am 19.11.2020 vom Bundestag beschlossen.
2019	Im Rahmen des „Starke-Familien-Gesetz“ wurde in § 6a (3) des Bundeskindergeldgesetzes ein Freibetrag für das Vermögen von Kindern eingefügt.
2019	Durch das „Starke-Familien-Gesetz“ entfallen die Eigenanteile zur Mittagsverpflegung in Kitas und Schulen.
2018-2021	Das Programm „Erfolgsfaktor Familie“ wird fortgeführt.
2018-2021	Die Maßnahmen der Bundesinitiative „Hilfe und Unterstützung bei ungewollter Kinderlosigkeit“ werden fortgeführt.
2019	Durch die Unterzeichnung des Kooperationsvertrages zwischen Familienministerium und Bundesagentur für Arbeit wurde am 04. April 2019 die zweite Förderphase des Bundesprogramms beschlossen.

NR.	VERSPRECHEN	POLITIKFELD UND ZEILENHINWEIS IM KOALITIONSVERTRAG	VOLL ERFÜLLT	TEILWEISE ERFÜLLT	NICHT ERFÜLLT
228	Gesetz zur Beschränkung geschlechtsangleichender medizinischer Eingriffe an Kindern auf unaufschiebbare Fälle und zur Abwendung von Lebensgefahr	Familie, Senioren und Jugend (Zeile 797-799)	x		
229	Fortführung der Bundesstiftung „Frühe Hilfen“ für junge Eltern	Familie, Senioren und Jugend (Zeile 859-862)	x		
230	Verstetigung der Arbeit des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) und des Betroffenenrats	Familie, Senioren und Jugend (Zeile 879-881)	x		
231	Fortführung des „Fonds Sexueller Missbrauch“	Familie, Senioren und Jugend (Zeile 883-885)	x		
232	Regelung im Bundesgremienbesetzungsgesetz, dass die Quotierungsregelung schon für Gremien, für die der Bund nur zwei Mitglieder zu bestimmen hat, gilt	Familie, Senioren und Jugend (Zeile 957-959)	x		
233	Verstetigung des Helene-Weber-Kollegs und -Preises	Familie, Senioren und Jugend (Zeile 988-997)			x
234	Einberufung eines Runden Tisches für Ausbau und Finanzierung von Frauenhäusern	Familie, Senioren und Jugend (Zeile 1032-1041)	x		
235	Fünf Mrd. € vom Bund für den Digitalpakt Schule in fünf Jahren	Bildung und Forschung (Zeile 334-336, 1163-1176 & 1718-1721)	x		
236	Verstetigung der Bundesmittel für Hochschulen auf Grundlage Art. 91b GG (Hochschulpakt)	Bildung und Forschung (Zeile 344-345 & 1333-1343)	x		
237	Programm „Jugend erinnert“ – Besuche von Gedenkorten und Workshops	Bildung und Forschung (Zeile 666-667 & 7979-7983)	x		
238	Einrichtung eines Nationalen Bildungsrats nach Vorbild des Wissenschaftsrates	Bildung und Forschung (Zeile 1128-1137)			x
239	Anpassung der Rechtsgrundlage in Art. 104c Grundgesetz (GG) durch Streichung des Begriffs „finanzschwache“	Bildung und Forschung (Zeile 1139-1145)	x		
240	Aufbau eines Nationalen Forschungskonsortiums für künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen	Bildung und Forschung (Zeile 1488-1496)	x		
241	Errichtung eines Zentrums für künstliche Intelligenz mit Frankreich	Bildung und Forschung (Zeile 1497-1498 & 2585-2587)			x
242	Einrichtung eines Zentrums für digitale Innovationen in der Systemforschung mit Polen	Bildung und Forschung (Zeile 1498-1499)	x		
243	Erarbeitung einer ressortübergreifenden Agenda „Von der Biologie zur Innovation“	Bildung und Forschung (Zeile 1516-1518)			x
244	Fortsetzung des Pakts für Forschung und Innovation (PFI) ab 2021	Bildung und Forschung (Zeile 1547-1549)	x		
245	Etablierung eines Zentrums für Schienenverkehrsforschung	Bildung und Forschung (Zeile 3858-3861)	x		
246	Unterstützung der Initiative Kultur macht stark, Bündnisse für Bildung durch Bundesmittel	Bildung und Forschung (Zeile 7926-7929)	x		
247	Verlängerung der Überprüfungsmöglichkeit auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Stasitätigkeit	Bildung und Forschung (Zeile 8008-8012)	x		
248	Erhöhung der finanziellen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenprävention, humanitäre Hilfe, Verteidigung und Bundeswehr im Rahmen der ODA-Quote	Verteidigung (Zeile 631-633 & 6833-6849)	x		
249	Erhöhung des Verteidigungsetats für mehr Personal, beste Ausbildung und moderne Ausstattung	Verteidigung (Zeile 634-636)	x		
250	Bundeswehr als Parlamentsarmee	Verteidigung (Zeile 6876-6877 & 7416-7422)	x		
251	Verbleiben Deutschlands in der NATO	Verteidigung (Zeile 6967-6968)	x		
252	Keine Ausfuhren an Länder, die am Jemen-Krieg beteiligt sind, Vertrauensschutz für Firmen, deren Lieferungen nachweisbar im Empfängerland bleiben	Verteidigung (Zeile 7040-7044)			x

ERFÜLLUNGS-JAHR	BEGRÜNDUNG
2021	Das entsprechende Gesetz wurde am 25.03.2021 vom Bundestag beschlossen.
2018-2021	Die Bundesstiftung „Frühe Hilfen“ wird fortgeführt.
2018-2021	Das Amt des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Missbrauchs wurde durch das Bundeskabinett dauerhaft eingerichtet. Auch der Betroffenenrat existiert weiterhin und wurde somit verstetigt.
2018-2021	Der Fonds wird fortgeführt und wird laut eigener Website durch das BMFSFJ dauerhaft verstetigt.
2021	Die entsprechende Maßnahme ist Bestandteil des „Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“, welches vom Bundestag am 11.06.2021 beschlossen wurde.
	Der Helene-Weber-Kolleg und der Helene-Weber-Preis wurden nicht verstetigt.
2018	Der Runde Tisch zwischen Bund, Ländern und Kommunen begann am 18. September 2018 seine Arbeit.
2019	Mit der Zustimmung von Bundestag und Bundesrat zu einer Verfassungsänderung wurde die Umsetzung des Digitalpaktes ermöglicht.
2020	Mit der Zustimmung der GWK am 26.06.2020 konnte der Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“ - die verstetigte Fortsetzung des Hochschulpaktes - ab 01.01.2021 starten.
2019	Das Programm „Jugend erinnert“ startete am 29. Januar 2019 mit einem Gesamtvolumen von fünf Mio. €.
	Die Pläne für den nationalen Bildungsrat wurden Ende 2019 endgültig von Bayern und Baden-Württemberg gekippt. Stattdessen erfolgte die Einrichtung einer wissenschaftlichen Kommission, die in ihren Aufgaben und Umfang jedoch nicht mit einem Bildungsrat vergleichbar ist.
2019	Die entsprechende Grundgesetzänderung wurde beschlossen und über den Vermittlungsausschuss auch vom Bundesrat bestätigt.
2020	Der Aufbau eines nationalen Forschungskonsortiums zum Thema künstliche Intelligenz ist 2020 erfolgt.
	Es wurde kein gemeinsames Zentrum für künstliche Intelligenz mit Frankreich errichtet.
2019	Am 27. August 2019 fand die Schlüsselübergabe des Casus-Instituts in Görlitz statt. Der Bund unterstützt das Vorhaben mit rund zehn Mio. € in den nächsten drei Jahren, Sachsen schießt rund eine Mio. € zu.
	Im November 2018 startete die Dialogplattform „Von der Biologie zur Innovation“, die allerdings anscheinend bislang ergebnislos verlief. In einer Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der FDP vom Januar 2021 wird darauf verwiesen, dass sich die Agenda noch in der Ausgestaltung befinde.
2018-2021	Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) hat die Verlängerung des Paktes im Mai 2019 beschlossen.
2019	Das „Deutsche Zentrum für Schienenverkehrsforschung“ wurde in Dresden eröffnet.
2018	Die Initiative „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ wird weiter durch Bundesmittel unterstützt.
2019	Der Bundestag hat dem Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (StUG) zugestimmt. Darin wird die Überprüfungsmöglichkeit bestimmter Personengruppen auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst, bis zum 31. Dezember 2030 verlängert.
2018	Für 2019 wurden zusätzliche 800 Mio. € im Bereich Entwicklungspolitik bereitgestellt und die ODA-Quote stabilisiert.
2018	Der Verteidigungsetat wurde erhöht.
2018-2021	Die Bundeswehr ist weiterhin eine Parlamentsarmee.
2018-2021	Deutschland ist weiterhin Mitglied der NATO.
	Es haben weiterhin Waffenexporte an die am Jemen-Krieg beteiligten Staaten stattgefunden.

NR.	VERSPRECHEN	POLITIKFELD UND ZEILENHINWEIS IM KOALITIONSVERTRAG	VOLL ERFÜLLT	TEILWEISE ERFÜLLT	NICHT ERFÜLLT
253	Fortsetzung der Beteiligung am RSM-Mandat in Afghanistan bei unverändertem Auftrag	Verteidigung (Zeile 7440-7441)	x		
254	RSM-Mandat in Afghanistan: Erhöhung der Zahl der eingesetzten Soldat:innen	Verteidigung (Zeile 7441-7443)	x		
255	Fortsetzung der Mission MINUSMA in Mali	Verteidigung (Zeile 7445)	x		
256	Vorlage eines Berichts der Bundesregierung zum militärischen Nachrichtenwesen beim Verteidigungsausschuss	Verteidigung (Zeile 7507-7508)	x		
257	Einrichtung einer „Agentur für Disruptive Innovationen in der Cybersicherheit und Schlüsseltechnologien“	Verteidigung (Zeile 7544-7548)	x		
258	Leasing der Drohne HERON TP (als Übergangslösung für zu entwickelnde EURO-Drohne)	Verteidigung (Zeile 7557-7559)	x		
259	Beendigung des Ausbildungsmandats im Nordirak	Verteidigung (Zeile 7432-7434)	x		
260	Absenkung der Obergrenze des Anti-IS-Mandats	Verteidigung (Zeile 7434-7436)	x		
261	Bundesweites Gentechnikanbau-Verbot	Ernährung und Landwirtschaft (Zeile 471-472 & 3903-3904)			x
262	Einführung Tierwohllabel	Ernährung und Landwirtschaft (Zeile 477)			x
263	Keine Patente auf Pflanzen und Tiere	Ernährung und Landwirtschaft (Zeile 3902)	x		
264	Klonverbot von Tieren zur Lebensmittelerzeugung	Ernährung und Landwirtschaft (Zeile 3902-3903)	x		
265	Weiterhin Geltung der Saatgutreinheit	Ernährung und Landwirtschaft (Zeile 3903)	x		
266	Beendigung des Tötens von Eintagsküken	Ernährung und Landwirtschaft (Zeile 3989-3991)		x	
267	Regelung für Zertifizierung von Jagdmunition, Schießübungsnachweis und Jäger:in-/Falkner:inausbildung	Ernährung und Landwirtschaft (Zeile 4054-4057)			x
268	Entwicklung eines Kriterien- und Maßnahmenkatalogs zur Entnahme von Wölfen	Ernährung und Landwirtschaft (Zeile 4086-4090)			x
269	Konzept für die Nationale Reduktionsstrategie für Zucker, Fett und Salz in Fertigprodukten	Ernährung und Landwirtschaft (Zeile 4142-4147)	x		
270	Einführung eines Modells zur Lebensmittelkennzeichnung bis zum Sommer 2019	Ernährung und Landwirtschaft (Zeile 4149-5160)		x	
271	Veröffentlichung von festgestellten Verstößen gegen die Lebensmittelsicherheit	Ernährung und Landwirtschaft (Zeile 4189-4193)		x	
272	Einführung des Programms „Kultur in den Regionen“ für zeitgenössische Kunst und Kultur	Kultur (Zeile 660-662)	x		
273	Kofinanziertes „Zukunftsprogramm Kino“ zur Stärkung und Erhaltung des Kulturorts Kino	Kultur (Zeile 672-673 & 8137-8139)	x		
274	Ausrichtung des World Urban Forums 2022 in Deutschland	Kultur (Zeile 5311-5312)			x
275	Jährliche Durchführung des kulturpolitischen Spitzengesprächs	Kultur (Zeile 7775-7779)	x		
276	Erweiterung von „Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Ostdeutschland – Invest Ost“ zum gesamtdeutschen Programm	Kultur (Zeile 7837-7838)	x		
277	Programm „Kultur in den Regionen“ zur Förderung zeitgenössischer Kunst und Kultur	Kultur (Zeile 7852-7855)			x
278	Weiterführung des Masterplans für die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten	Kultur (Zeile 8069-8070)	x		

ERFÜLLUNGS-JAHR	BEGRÜNDUNG
2018-2021	Die Bundeswehrmission in Afghanistan ist im Sommer 2021 zwar beendet worden, aber das Versprechen gilt trotzdem als „vollständig erfüllt“, da es die Teilnahme an der Mission beinhaltet und nicht die Mission selbst und die Bundeswehr bis zuletzt daran beteiligt war.
2018-2021	Am 22. März 2018 hat der Deutsche Bundestag dem Antrag der Bundesregierung zur Verlängerung des RSM-Mandats zugestimmt und dabei die Truppenobergrenze auf 1.300 Soldat:innen erhöht. Damit lag die Zahl der beteiligten Soldat:innen (bis vor Abbruch der Mission) über jener zu Beginn der Legislaturperiode.
2018-2021	Die Fortsetzung von MINUSMA wurde am 26. April 2018 im Bundestag beschlossen. Die Bundeswehr beteiligt sich nach wie vor an der MINUSMA Mission in Mali.
2019	Laut einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen erfolgte die Vorlage des „Bericht zum Militärischen Nachrichtenwesen“ durch das Verteidigungsministerium an den Verteidigungsausschuss am 06.05.2019.
2020	Die Gründung der ADIC wurde am 29. August 2018 von der Bundesregierung beschlossen. Im August 2020 wurde die Agentur für Innovation in der Cybersicherheit gegründet.
2018	Der Verteidigungs- und Haushaltsausschuss des Bundestags haben das Vorhaben am 13. Juni 2018 gebilligt. Ein Vertrag mit der Firma Airbus DS Airborne Solutions GmbH (ADAS) wurde abgeschlossen.
2018	Mit dem Beschluss der „Bekämpfungs- und Stabilisierungsmission“ läuft das ursprüngliche Ausbildungsmandat im Irak aus.
2018	Mit dem Beschluss der „Bekämpfungs- und Stabilisierungsmission“ wurde die Obergrenze auf 800 Soldat:innen verringert.
	Es besteht weiterhin keine einheitliche Regelung eines Gentechnikanbau-Verbots.
	Das Tierwohllabel wurde zwar intensiv diskutiert, scheiterte jedoch letztendlich.
2018-2021	Es gibt in Deutschland weiterhin keine Patente auf Pflanzen und Tiere.
2018-2021	In Deutschland gibt es nach wie vor keine Lebensmittelerzeugung mit geklonten Tieren.
2018-2021	Es gab keine entsprechenden Gesetzesänderungen.
2021	Eine entsprechende Änderung im Tierschutzgesetz wurde vom Bundestag beschlossen, allerdings erst wesentlich später als im Koalitionsvertrag vorgesehen.
	Ein entsprechendes Gesetz wurde zwar bereits im Bundestag vorgelegt, scheiterte jedoch letztendlich an Uneinigkeiten zwischen CDU/CSU und SPD und wurde abgesetzt.
	Das neue Bundeszentrum „Weidetiere und Wolf“ beschäftigt sich auch mit entsprechenden Fragen zur Entnahme von Wölfen. Allerdings liegen noch keine entsprechenden Ergebnisse vor.
2018	Im Dezember 2018 wurde die Strategie verabschiedet.
2020	Im Herbst 2020 erfolgte die Einführung des Nutri-Scores, eine Kennzeichnung für die Nährwertqualität von Lebensmitteln. Dies ist aber erst ein Jahr später erfolgt und eine Nutzung ist nur auf freiwilliger Basis vorgesehen.
2019	Der Bundestag hat am 14. März 2019 der Veröffentlichung von Verstößen bei Lebensmittelsicherheit zugestimmt. Ein einheitlicher Bußgeldkatalog fehlt allerdings noch.
2019	Im Rahmen des Programmes „LandKULTUR“ wurden bereits über 200 Maßnahmen zum Ausbau kultureller Aktivitäten und Teilhabe im ländlichen Raum bewilligt. Das BMEL stellt hierzu Mittel in Höhe von rund 20 Mio. € zur Verfügung.
2019	Die 15 Mio. € für das Zukunftsprogramm Kino sind im Haushalt 2020 enthalten, welcher am 15.11.2019 vom Bundestag beschlossen wurde.
	Die Ausrichtung wurde an die polnische Stadt Katowice vergeben.
2018-2021	Das kulturpolitische Spitzengespräch wurde weiter jährlich durchgeführt.
2019	Seit 2020 läuft das Programm „Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Deutschland“, welches eine Ausweitung des InvestOst auf Deutschland insgesamt darstellt.
	Ein entsprechendes Programm besteht nicht.
2018-2021	Der Masterplan für die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten besteht fort.

NR.	VERSPRECHEN	POLITIKFELD UND ZEILENHINWEIS IM KOALITIONSVERTRAG	VOLL ERFÜLLT	TEILWEISE ERFÜLLT	NICHT ERFÜLLT
279	Innovationsprogramm „Digitalisierung des Mittelstands“	Wirtschaft und Energie (Zeile 395-396)	x		
280	Einschränkung der Rüstungsexporte für Drittländer, kein Export von Kleinwaffen in Drittländer	Wirtschaft und Energie (Zeile 628, 4824 & 7034-7038)	x		
281	Fortsetzung des Bündnisses „Zukunft der Industrie“ und der Branchendialoge	Wirtschaft und Energie (Zeile 2564-2566)	x		
282	Schaffung eines Weltraumgesetzes	Wirtschaft und Energie (Zeile 2636-2638)			x
283	Einsetzen einer Kommission „Wettbewerbsrecht 4.0“	Wirtschaft und Energie (Zeile 2769-2773)	x		
284	Gleichstellung von Risikoträger:innen im Sinne von § 2 Abs. 8 Institutsvergütungsverordnung mit leitenden Angestellten im Kündigungsschutzgesetz	Wirtschaft und Energie (Zeile 3189-3196)	x		
285	Einheitliche Stromgebotszone in Deutschland	Wirtschaft und Energie (Zeile 3256-3258)	x		
286	Einsetzung Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Zeile 651-652 & 7375-7376)	x		
287	Einrichtung einer Kommission „Fluchtursachen“ im Deutschen Bundestag	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Zeile 4826-4827)		x	
288	Erhöhung der Ausgaben in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention mit Ziel des Erreichens der ODA-Quote von 0,7 %	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Zeile 7695-7698)	x		
289	Fortschreiben des Berichts der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Zeile 7376-7378)	x		
290	Einhalten der Zusage, 0,15-0,2 Prozent des BNE für die ärmsten Länder (LDCs) bereitzustellen	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Zeile 7700-7701)			x
291	Neuer Élysée-Vertrag zur Erneuerung und Stärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit	Auswärtiges Amt (Zeile 255-264)		x	
292	Nicht-Ständiger Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat in 2019/2020, ständiger Sitz der Europäischen Union	Auswärtiges Amt (Zeile 6925-6929)		x	
293	Expertenkommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Ergänzung der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie durch Bürgerbeteiligung	Anderes (Zeile 7730-7734)			x

Anmerkung: Bei einem Versprechen konnte nicht festgestellt werden, ob es erfüllt ist. Dieses Versprechen ist hier nicht aufgeführt. Aufgrund der Zusammenlegung zweier Versprechen im Politikfeld „Verkehr und digitale Infrastruktur“ ergibt sich eine abweichende Gesamtzahl an Versprechen im Vergleich zu unserer Zwischenbilanz 2019.

Quelle: Koalitionsvertrag 2018 (Stichtag: 26.09.2021), eigene Recherche.

ERFÜLLUNGS- JAHR	BEGRÜNDUNG
2020	Am 07.09.2020 startete das Investitionszuschussprogramm „Digital Jetzt“, welches den Mittelstand bei der Digitalisierung unterstützt.
2019	Die Bundesregierung hat sich am 26. Juni 2019 auf neue Richtlinien für Rüstungsexporte geeinigt. Diese beinhalten unter anderem die grundsätzliche Ablehnung von Kleinwaffenexporten in Drittstaaten sowie allgemein restriktivere Grundsätze bei Waffenexporten.
2018-2021	Das Bündnis „Zukunft der Industrie“ wird fortgesetzt.
	Es wurde kein Weltraumgesetz geschaffen.
2018	Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat eine Kommission „Wirtschaftsrecht 4.0“ eingesetzt.
2019	Aus dem Gesetz über steuerliche und weitere Begleitregelungen zum Austritt des Vereinigten Königreichs und Nordirland aus der Europäischen Union geht hervor, dass eine Gleichstellung von Risikoträger:innen erfolgt ist.
2018-2021	Nach §3a der Stromnetzzugangsverordnung muss es in Deutschland eine einheitliche Stromgebotszone geben.
2018	Markus Grübel wurde am 12. April 2018 zum Beauftragten für weltweite Religionsfreiheit berufen.
2019	Eine entsprechende Kommission wurde eingerichtet, jedoch am BMZ und nicht wie versprochen im Bundestag.
2020	Deutschland konnte im Jahr 2020 die ODA-Quote von 0,7% erfüllen.
2020	Im Oktober 2020 wurde der neue Bericht zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit vorgestellt.
	Die Quote betrug 2018 0,12%. Es wurde im Kompass 2020 zwar prognostiziert, dass die 1,5%-Quote 2021 erreicht werden könnte - aber die wenigen Infos, die es dazu gibt, sprechen nicht dafür.
2019	Der Vertrag von Aachen wurde erarbeitet, der am 22. Januar 2019 unterzeichnet wurde. Dieser Vertrag ergänzt den Élysée-Vertrag und soll die Kooperation im Bereich der wirtschaftlichen Integration und die Zusammenarbeit der Zivilgesellschaften beider Länder verstärken. Es gab also keinen neuen Vertrag.
2018	Bis zum 31. Dezember 2020 hat Deutschland einen nicht-ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Ein ständiger Sitz der EU im UN-Sicherheitsrat wird aber von einigen europäischen Mitgliedstaaten abgelehnt.
	Die entsprechende Expertenkommission wurde bisher nicht eingesetzt.

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Dr. Robert Vehrkamp
Programm Zukunft der Demokratie
Telefon +49 30 275788135
Fax +49 5241 81-681526
robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
Reichpietschufer 50
10785 Berlin

Dr. Theres Matthieß
Telefon +49 621 1812855
theres.matthiess@mzes.uni-mannheim.de

www.bertelsmann-stiftung.de